



Förderung von Industrieparks und Großinvestoren in der Ukraine

Nach dem Kriegsende wird die Ukraine nicht nur die größte Baustelle Europas sein. Sondern ganze Branchen wie die Bauwirtschaft, der Energiesektor, die Agrarwirtschaft, die Verarbeitungsindustrie und die Abfallverarbeitung werden einen neuen Aufschwung erfahren.

Der bevorstehende Wiederaufbau des Landes wird viele Chancen für ausländische Unternehmen, auch aus dem deutschsprachigen Raum, bieten, die ihr Geschäft in der Ukraine ausbauen oder den Markteintritt wagen wollen. Dafür wird die Ukraine ihre Gesetzgebung aber auch zum Teil noch ändern müssen, um das Land für ausländisches Kapital attraktiver zu machen.

Die im Gesetz über die Förderung von Großinvestitionen aufgeführten Investoren können schon jetzt von besseren Steuervergünstigungen profitieren. Auch Teilnehmer von Industrieparks in der Ukraine machen bereits Gebrauch von der Vorzugsbesteuerung.

Anreize für Mitglieder von Industrieparks

Ausländische Investoren können in der Ukraine Unternehmen in Industrieparks betreiben oder sich an deren Gründung beteiligen. Dabei können sie davon profitieren, dass die ukrainische Gesetzgebung eine Reihe von Steuervergünstigungen für die Tätigkeit in Industrieparks vorsieht.

Körperschaftsteuerbefreiung

Mitglieder von Industrieparks haben Anspruch auf Befreiung von der Körperschaftsteuer für einen Zeitraum von 10 Jahren. Das betrifft insbesondere Aktivitäten in den Bereichen der Verarbeitungsindustrie; der Abfallwirtschaft (Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen); der Recyclingwirtschaft (Rückgewinnung von Stoffen) sowie Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten.

Körperschaftsteuerbefreiung ist unter den folgenden Bedingungen möglich:

- Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft in einem Industriepark über mindestens 10 Jahre
- exklusive Geschäftstätigkeit innerhalb des Industrieparks über mindestens 10 Jahre
- keine Dividenden oder ähnliche Auszahlungen an Gesellschafter während dieser Zeit
- der Industriepark muss im Register der Industrieparks der Ukraine eingetragen sein

Es gibt jedoch Ausnahmen von der Körperschaftsteuerbefreiung; d.h. die Befreiung gilt nicht für:

- Unternehmen mit einer Beteiligung von Gesellschaften im Stammkapital, die im Glücksspielbereich tätig sind
- Gesellschaften mit einer Beteiligung von Gesellschaften im Stammkapital, die ihren Sitz in Offshore- oder FATF-nicht-kooperierenden Ländern haben

Es ist zu betonen, dass die Beträge der nicht gezahlten Körperschaftsteuer für die Entwicklung der Aktivitäten des Mitgliedes eines Industrieparks innerhalb des Industrieparks spätestens bis zum 31. Dezember des folgenden Kalenderjahres verwendet werden müssen.

Vergünstigungen bei der Einfuhr der Ausrüstungen

Ausrüstungen und ihre Bestandteile, die von den Mitgliedern der Industrieparks in die Ukraine eingeführt werden, sind von der Einfuhrumsatzsteuer und von dem Einfuhrzoll befreit, wenn diese nicht länger als 3 Jahre vor ihrer Einfuhr hergestellt und nicht vorher benutzt worden sind.

Außerdem dürfen sie ausschließlich auf dem Gebiet des Industrieparks verwendet werden und dürfen während eines Zeitraums von 5 Jahren ab ihrer Einfuhr nicht vermietet, verpachtet, von Dritten zu anderen Bedingungen genutzt oder veräußert werden.

Vorteile bei der Nutzung der Immobilien und Grundstücke

Die lokalen ukrainischen Behörden haben das Recht, Vergünstigungen bei der Immobiliensteuer festzulegen, die Bodensteuersätze und Pachtzinsen zu senken oder von der Zahlung der Bodensteuer für die Grundstücke abzusehen, die zum Territorium eines Industrieparks gehören.

Vergünstigungen für Großinvestoren

Zu den Schwerpunkten der staatlichen Förderung gehören auch Investitionsprojekte von über 12 Mio. Euro, die auf die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, die Stimulierung der wirtschaftlichen Entwicklung von Regionen und das Wachstum der Konkurrenzfähigkeit der ukrainischen Wirtschaft gerichtet sind und dafür eine Reihe von Präferenzen bekommen.

Anforderungen an ein Investitionsprojekt

Ein Investitionsprojekt muss allen folgenden Anforderungen entsprechen:

1 Ein solches Projekt muss in der Verarbeitungsindustrie (mit gewissen Ausnahmen); bei der Erzeugung von Biogas und Biomethan, der Gewinnung von Mineralien zur Weiterverarbeitung und/oder Anreicherung (außer Stein- und Braunkohle, Erdöl und Erdgas); der Behandlung von Abfällen; dem Transport; der Lagerwirtschaft; bei Post- und Kurierdienstleistungen; bei Logistik; Bildung; Wissenschaft und wissenschaftlich-technischer Tätigkeit; Gesundheitsschutz; Kunst; Kultur; Sport; Tourismus; Kurorte, Rekreation oder im Bereich der elektronischen Kommunikation umgesetzt werden.

2 Ein solches Projekt muss einen Bau, eine Modernisierung, eine technische und/oder technologische Neuausrüstung der Investitionsobjekte, einen Erwerb von notwendigen Ausstattungen (Ausrüstungen) und Zubehörteilen vorsehen. Es kann auch einen auf Kosten des Investors durchzuführenden Bau von für die Umsetzung des Investitionsprojekts nötigen Ingenieur- und Transportinfrastrukturprojekten vorsehen.

3 Während des Investitionsprojekts muss eine bestimmte Mindestanzahl von neuen Arbeitsplätzen mit einem höheren Gehalt als der Durchschnitt in der

Region im vorangegangenen Kalenderjahr geschaffen werden. Dabei hängt der Prozentsatz von der Anzahl der geschaffenen Arbeitsplätze ab:

- 10 neue Arbeitsplätze – Erhöhung mindestens um 50%
- 30 neue Arbeitsplätze – Erhöhung um 30%
- 50 neue Arbeitsplätze – Erhöhung um 15%

4 Der Investitionsumfang während der Dauer der Umsetzung eines Investitionsprojekts muss einen Betrag von 12 Mio. Euro überschreiten. Dabei dürfen höchstens 30% der Investitionen frühestens 18 Monate vor dem Zeitpunkt der Antragstellung getätigt werden.

5 Die Dauer der Umsetzung eines Investitionsprojekts darf höchstens 5 Jahre betragen.

Formen der Förderung

Investoren können im Rahmen der Realisierung solcher Projekte in folgenden Formen staatlich gefördert werden:

- Befreiung von der Körperschaftssteuer für 5 Jahre sowie von der Entrichtung der Einfuhrumsatzsteuer und der Zollgebühr bei der Einfuhr von neuen Ausrüstungen
- Vorzugsrecht bei der Nutzung von Böden in staatlichem bzw. kommunalem Eigentum und Vorzugsrecht beim späteren Erwerb der jeweiligen Böden
- Bau von für das Investitionsprojekt notwendigen Ingenieur- und Transportinfrastrukturprojekten (Autostraßen, Fernmeldeleitungen, Wärme-, Gas-, Wasser- und Energieversorgungsanlagen usw.) bzw. Entschädigung entsprechender Kosten
- Entschädigung der für den Anschluss und die Verbindung mit den Ingenieur- und Verkehrsnetzen erforderlichen Kosten
- Befreiung von der Entschädigung der Verluste der forstwirtschaftlichen Produktion eines Investors

Die staatliche Förderung darf gemäß dem speziellen Investitionsvertrag 30% der geplanten Menge der Investitionen nicht überschreiten.

Wer darf nicht gefördert werden

Eine staatliche finanzielle Förderung darf insbesondere nicht beantragt werden durch:

- Non-Profit-Organisationen
- Unternehmen ohne Offenlegung von Informationen über ihre wirtschaftlichen Endbegünstigten
- Offshore-Unternehmen oder solche mit über 50% Beteiligung von Offshore-Unternehmen
- Unternehmen aus der russischen föderation oder mit Endbegünstigten mit dem Sitz oder Wohnort in der russischen föderation

Olga Ianushevych
DLF Rechtsanwälte



Igor Dykunsky
DLF Rechtsanwälte

